

DOSIER

Mehr Fairness im globalen Rohstoffcasino

Seiten 6–7

So funktioniert die Konzernverant- wortungsinitiative

Seiten 8–9

Handeln, bevor es zu spät ist



BROT FÜR ALLE FASTENOPFER

Seit 2011 dokumentiert *Brot für alle* die Folgen, welche die Minentätigkeiten der Glencore-Töchter Mutanda Mining und KCC auf die lokale Bevölkerung haben.

Fehlendes Trinkwasser, vergiftete Flüsse, gesundheitsschädigende Staubbelastung: Seit Jahren leiden die Menschen in Luilu und Musonoi in der Demokratischen Republik Kongo massiv unter den Folgen des Bergbaus. Und auch wenn zumindest die Bewohnerinnen und Bewohner von Luilu bald eine bessere Wasserversorgung erhalten dürften: Umweltzerstörung und gesundheitliche Probleme lassen sich nicht einfach rückgängig machen. Deshalb sollen Konzerne hinsehen und handeln, bevor der Schaden entsteht. Das ist das Kernanliegen der Konzernverantwortungsinitiative.

Pascale Schnyder, Chefredaktorin

Um Schäden zu vermeiden, sollen Konzerne zuerst sorgfältig prüfen, welche Folgen ihre Tätigkeiten auf Mensch und Umwelt haben.

INHALT

DR KONGO: **Das lange Warten** Seiten 3–5

STATEMENTS ZUR KONZERNVERANTWORTUNG: **Sie beziehen Stellung** Seiten 10–11

MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN DURCH KONZERNE: **Die dunkle Seite des Profits** Seite 12



Das lange Warten an der Zapfstelle: In Musonoi fließt das Wasser nur während zwei Stunden täglich.



Dämmerung am helllichten Tag: Strassenstaub weht über einen Verkaufsstand in der Nähe der Glencore-Mine KCC.

Das lange Warten

Rund um die kongolesische Stadt Kolwezi baut der Schweizer Rohstoffkonzern Glencore Kupfer und Kobalt ab. Die Bevölkerung leidet unter der Verschmutzung von Luft und Böden und hat ungenügenden Zugang zu Wasser. Eine bessere Sorgfaltsprüfung, wie sie die Konzernverantwortungsinitiative vorsieht, tut dringend not.

Wohin man auch blickt, sie sind überall. An jeder Strassenecke liegen die knallgelben Plastikkanister, Kinder und Frauen tragen sie mit sich: an Seilen zusammengebunden und locker über die Schultern gehängt, solange sie leer sind, schwer wie Mühlsteine am gestreckten Arm, wenn sie gefüllt sind. So schafft niemand mehr als zwei Stück auf einmal. Ausser man knüpft sie an eines der Fahrräder, die abends das Strassenbild beherrschen. Denn irgendwann zwischen 15 und 19 Uhr fliesst für ungefähr zwei

Stunden Wasser in der einzigen Leitung, die sich quer durch Musonoi zieht. Dann strömen die Frauen und Kinder zu den Zapfstellen, füllen die «Bidons» und die Velotransporteur machen ihr Geschäft: 500 kongolesische Francs kostet eine Fahrt, rund 30 Rappen. Wer das nicht hat, braucht Muskeln. Oder einen starken Nacken.

Versprechen nicht eingelöst

50 000 Menschen leben in Musonoi, einem Quartier der Stadt Kolwezi im Südosten Kongos. Die

«In der Trockenzeit erkranken viele Menschen an Husten und Bronchitis.»

Véronique Kakoma-Mwika

Häuser stehen eng, auf drei Seiten eingeschlossen von der Kupfer- und Kobaltmine der Glencore-Tochter Kamoto Copper Company (KCC). Der Schweizer Rohstoffkonzern kontrolliert fast 30 Prozent der globalen Produktion von Kobalt, dessen Preis sich seit Anfang 2017 verdreifacht hat. Grund dafür sind der Boom der Elektromobilität und die Nachfrage nach starken Batterien, in denen Kobalt ein zentraler Bestandteil ist. Das blaue Erz beschert Glencore satte Profite und lässt Teslas und e-Bikes abgasfrei über die Strassen surren. Doch die Menschen in Musonoi sehen nichts vom Reichtum, der unter ihren Häusern liegt. «KCC tut zu wenig für uns», klagt Jean Kasongo, Leiter eines Bürgerkomitees, das von Afre-watch unterstützt wird, der Partnerorganisation von *Brot für alle* und *Fastenopfer*. Glencore habe versprochen, bis Ende 2017 für eine bessere Wasserversorgung zu sorgen. Doch geschehen sei nichts, KCC habe bloss auf der anderen Seite ihrer Konzession drei Wasserstationen gebaut.

Hohe Feinstaubbelastung

Für Berthe Mapala bedeutet dies jeden Tag drei bis vier Stunden Arbeit. Die Mutter von acht Kindern braucht für ihre Familie mindestens zehn Bidons, die sie abfüllen und nach Hause tragen muss. Denn die Kosten für den Velotransport kann sie sich nicht immer leisten. Das gehe vielen so im Quartier, erklärt Jean Kasongo, rund 80 Prozent aller Häuser haben keinen direkten Zugang zu Wasser.

Wasser ist indessen nicht die einzige Sorge in Musonoi. Immer wieder weht der Wind Staubwolken von den Abräumhalden über Häuser und Gärten. Schlimmer noch sind die ungeteerten Strassen, über die Tag für Tag Hunder-



Die Häuser in roten Flächen auf der Karte Musonois haben keinen Zugang zu Wasser.



Jeden Tag drei Stunden Arbeit: Berthe Mapala leidet unter der schlechten Wasserversorgung.

te von Lastwagen von und zu den Minen rumpeln. Schwaden aus feinem rotem Staub verdunkeln die Sicht, legen sich über Häuser, Bäume und Pflanzen – und dringen in die Lungen der Menschen ein. «In der Trockenzeit erkranken viele Menschen an Husten und Bronchitis», sagt die Krankenschwester Véronique Kakoma-Mwika (siehe Kasten rechts). Das erstaunt nicht: Messungen von *Brot für alle* und *Fastenopfer* ergaben Feinstaubbelastungen von bis zu 500 Mikrogramm pro Kubikmeter, das 20-Fache des Tagesmittel-Grenzwerts der Weltgesundheitsorganisation WHO. «Wir baten KCC schon oft, die Strassen zu asphaltieren», sagt Jean Kasongo, «ohne Erfolg». Die Leute von Glencore sagten jeweils, dies sei Sache des kongole-sischen Staats, dem sie ja Steuern bezahlten. Und sie weisen darauf hin, dass sie Schulen, landwirtschaftliche Kooperativen und Berufsbildungsstätten unterstützten. Das trifft zu. Doch auf die wahren Bedürfnisse in Musonoi geht das Unternehmen nicht ein, wohl weil diese viel stärker ins

Geld gingen: Zugang zu Wasser und ein Ende der Staubbekämpfung.

Bessere Sorgfaltsprüfung

Zudem verschmutzen Abwässer aus der Glencore-Mine immer wieder Flüsse und Böden. Zwischen 2012 und 2014 flossen Schwermetalle in den Fluss Luilu, im Dezember 2017 kam es in Musonoi zu einem Schlamm-einbruch, und erst im Februar dieses Jahres verschmutzte ein Leck in der Mine Böden und Gärten von über 400 Haushalten in Luilu. Glencore zahlt zwar Entschädigungen, doch die wiederkehrenden Lecks und die Dauerprobleme mit Staub und Wasser zeigen, dass der Konzern zu wenig tut, um die Bevölkerung effektiv zu schützen.

Genau hier würde die Pflicht zu einer umfassenden Sorgfaltsprüfung greifen, wie sie die Konzernverantwortungsinitiative vorsieht. Sie würde Glencore verpflichten, die Risiken besser zu analysieren, Massnahmen dagegen zu treffen und transparent zu berichten. Auch Emmanuel Um-pala, Leiter von Afre-watch, setzt grosse Hoffnungen auf die Initiative: «Auf Staat und Unternehmen ist im Kongo kein Verlass. Die Schweizer Initiative kommt da genau richtig, denn sie kann den Menschen helfen, ihre Lage zu verbessern und zu ihrem Recht zu kommen.»

— Lorenz Kummer, Kolwezi



Ein Tag im Leben von Véronique Kakoma-Mwika (37), Krankenschwester im Gesundheitszentrum Unoja in Musonoi (DR Kongo)

«Es hat zu viel Staub in den Strassen»

«Ich stehe meist um fünf Uhr morgens auf, wasche mich und mache Hausarbeit: den Boden wischen oder Wäsche waschen. Frühstück brauche ich nicht. Kurz nach sieben gehe ich los, ich benötige zu Fuss etwa 45 Minuten, gegen 8 Uhr beginne ich mit der Arbeit im Gesundheitszentrum Unoja. Das heisst «Einheit» auf Swahili.

Ich arbeite ohne Pause bis 17 Uhr, esse zwischendurch etwas Brot und ein paar Biscuits, trinke Wasser. Das macht mir nichts aus, denn ich mache meine Arbeit gerne. Wir sind drei Krankenschwestern, dazu kommen ein Arzt und zwei Laborantinnen. Bezahlt werden wir von der Kirchgemeinde St. Jean, die anderen Krankenstationen in Musonoi sind auch privat, der Staat tut nichts hier.

Wir behandeln etwa 15 Personen pro Tag. Eine Konsultation kostet 3000 Francs (zwei Schweizer Franken), beim Arzt drei Franken. Viele Frauen leiden unter Blasen- und Harnwegentzündungen, das kommt vom schlechten Wasser. Selbst im Spital haben wir kein Wasser, wir müssen es draussen an den dreckigen Zapfstellen holen. Husten und Erkrankungen der Atemwege sind auch häufig, vor allem in der Trockenzeit. Da hat es viel zu viel Staub in den Strassen von den Lastwagen der Mine. Und wenn es regnet, ist alles voller Schlamm. Ich arbeite zweimal am Tag, dann zweimal am Abend, dann habe ich zwei Tage frei. Ferien? Die gibt es bei uns nur auf Anfrage. Wenn ich am Tag arbeite, bin ich etwa um 18 Uhr zu Hause. Dann beginne ich mit dem Kochen. Ich bin nicht verheiratet und lebe zusammen mit meiner Mutter, zwei jüngeren Brüdern und meiner kleinen Schwester. Wir sind zehn Geschwister, die anderen sind schon verheiratet.

Zum Abendessen gibt es fast immer Fufou (Maiskugeln). Dazu koche ich Maniokblätter oder Bohnen, manchmal gibt es Fisch und Reis. Nach dem Essen lese ich ein wenig, meist wissenschaftliche Bücher oder in der Bibel. Manchmal treffe ich noch ein paar Freunde im Quartier. Dann gehe ich zu Bett und bete. Danach kann ich gut einschlafen.» — lkr

Falls die Konzernverantwortungsinitiative durchkomme, werde kein Unternehmen mehr in «schwierigen» Ländern investieren und dort «Arbeitsplätze schaffen», drohen Gegnerinnen und Gegner der Initiative immer wieder. Mit «schwierig» meinen sie Länder, wo es zwar Gesetze, aber keine Institutionen gibt, die diese durchsetzen, wo die öffentlichen Dienstleistungen schlecht und Behörden und Politikerinnen und Politiker korrupt sind. Werden künftig also keine Schweizer Konzerne in «schwierigen» afrikanischen Ländern mehr investieren, wenn die Initiative angenommen würde?

Das ist zu bezweifeln. Denn erstens kommen diese «Schwierigkeiten» in den meisten Ländern des Südens vor. Und die multinationalen Konzerne finden dort, was sie suchen: billige Arbeits-

kräfte, Land und Rohstoffe, grosse Absatzmärkte und lasche Umwelt- und Arbeitsgesetze.

Zweitens verfügt Afrika über viele nicht erneuerbare Erze und fossile Energieträger. Es ist Hauptlieferant strategisch wichtiger Mineralien wie Chrom, Kobalt, Mangan und Platin. Sein Reichtum an natürlichen Ressourcen interessiert auch die zahlreichen Bergbaukonzerne und Rohstoffhändler, die in den letzten 30 Jahren ihren Hauptsitz in die Schweiz verlegt haben.

Drittens gilt Afrika mit seiner Bevölkerung von einer Milliarde Menschen seit einigen Jahren als der kommende Wirtschaftsriese – das Asien des 21. Jahrhunderts. Der Chefökonom der African Development Bank verkündete, schon eine von drei Personen in Afrika gehöre zur Mittelklasse, der Kontinent stehe kurz vor dem

Abheben. Und laut McKinsey sind «die Renditen von ausländischen Direktinvestitionen in Afrika höher als in anderen Entwicklungsländern. Global tätige Managerinnen und Investoren müssen das beherzigen».

Zum Rohstofflieferanten verdammt

Beim Abbau von Rohstoffen waren die Renditen bis vor Kurzem besonders gross. Der ehemalige Exekutivsekretär der Afrika-Wirtschaftskommission der Uno (Uneca), Carlos Lopes, beklagte 2013, Afrika verarbeite seine Rohstoffe viel zu wenig, um die Preise beeinflussen zu können. Es müsse nehmen, was man ihm biete. Auf dem Höhepunkt des Rohstoffbooms 2010 hätten gemäss Lopes die Konzerne ihre Renditen weltweit um 156 Prozent gesteigert, die Abgaben an die Regierungen seien hingegen nur um 60 Prozent gewachsen.

Für Afrikas Regierungen fielen nur Brosamen ab – viele Konzerne hatten sich grosszügige Betriebs- und Abbauverträge sowie Steuerabatte ausbedungen. Hinzu kommen Kapitalabflüsse aus Abbauländern, weil multinationale Konzerne ihre Gewinne nicht dort versteuern, wo sie sie erwirtschaften, sondern dort, wo sie dafür am wenigsten Steuern bezahlen – mit entsprechend negativen Folgen für den Fiskus afrikanischer Staaten (vgl. Randspalte).

Um Gegensteuer zu geben, riefen die Uneca und die Afrikanische Union 2011 die African Mining Vision ins Leben. Die wichtigsten Vorschläge: Verträge für Auslandsinvestitionen im Rohstoffsektor neu aushandeln, sie besser mit lokalen Unternehmen und Wertschöpfungsketten verknüpfen und die Abgaben der Konzerne an den Staat vergrössern. Sambia erhöhte in der Folge die Steuern auf den Bergbaukonzernen, andere Länder überprüften ihre Verträge und handelten sie teils neu aus. Afrika hatte bisher weniger

Mehr Fairness im globalen Rohstoffcasino

**Nirgends ist die Jagd nach Rohstoffen massiver als in Afrika.
Nur wenn mehr Wertschöpfung vor Ort bleibt und sich Konzerne an
Menschenrechte und Umweltstandards halten müssen, bleibt
Staaten und Bevölkerung ein fairer Anteil des eigenen Reichtums.**

SCHWEIZER STEUERPOLITIK Gewinne auf Kosten der Entwicklungsländer

200 Milliarden Dollar an potenziellen Steuereinnahmen gehen Entwicklungsländern jährlich verloren, weil transnationale Konzerne ihre Gewinne zwischen ihren Niederlassungen hin- und herschieben und dort versteuern, wo es am «günstigsten» kommt. Diese Berechnungen stammen vom Internationalen Währungsfonds und bestätigen, dass Länder des globalen Südens in den letzten Jahrzehnten durch die Steuerflucht von Konzernen ein Vielfaches der Mittel verloren haben, die sie durch Entwicklungszusammenarbeit erhalten.

Transparenz bei Geldflüssen
Mit ihrer liberalen Steuerpolitik kommt der Schweiz dabei eine besondere Verantwortung zu. Verschiedene Sondersteuerregimes sind ein gewichtiger Grund, weshalb die Schweiz in den letzten Jahren zu einem zentralen Standort für transnationale Unternehmen geworden ist. Deshalb fordert die entwicklungspolitische Dachorganisation Alliance Sud, zu der auch *Brot für alle* und *Fastenopfer* gehören, dass zumindest ein Teil dieser Sonderbehandlungen anlässlich der Unternehmenssteuerreform abgeschafft werden und mehr Transparenz bezüglich der Finanzflüsse globaler Konzerne geschaffen wird. Bis anhin wurde dies jedoch weder bei der an der Urne gescheiterten USR III noch in der aktuell diskutierten Steuerreform zufriedenstellend berücksichtigt. Damit nimmt die Schweiz ihre Verantwortung als weltweit prominenter Finanzplatz und Konzernstandort einmal mehr nicht wahr. — ps



Der Rohstoffabbau bringt der afrikanischen Bevölkerung meist nur Nachteile: Kupfermine bei Kolwezi (DR Kongo).

von seinem natürlichen Reichtum profitiert als vergleichbare asiatische und lateinamerikanische Länder. Und seine Volkswirtschaften sind nach wie vor ganz am Schluss des Country Complexity Rankings, eines Index, der die wirtschaftliche Vielfalt und Komplexität der Länder erfasst.

Freiwilliges Engagement bleibt mager

Kommt hinzu, dass im Rohstoffgeschäft Verstösse gegen Menschenrechte und Umwelt besonders häufig sind. Es gibt zwar viel internationales «weiches» Recht: Zum Beispiel die Menschen vor Ort zwingend in die Projektplanung einbezogen werden. Aber es gibt oft niemanden, der es durchsetzt. Als eines der grössten Zentren von Rohstoff-

«Als eines der grössten Zentren von Rohstoffkonzernen trägt die Schweiz hier eine Mitverantwortung.»

konzernen trägt die Schweiz hier eine Mitverantwortung. Trotzdem bevorzugt der Bundesrat bis heute freiwillige Selbstverpflichtungen auf die Einhaltung der Menschenrechte, zum Beispiel den Global Compact der Uno. Aus der Schweiz sind ihm ganze 118 Unternehmen beigetreten – eine magere Beteiligung, wenn man bedenkt, dass die Regierung die

Unternehmen intensiv zu freiwilligem Handeln angehalten hat. Von den zehn umsatzstärksten Nichtfinanz-Unternehmen sind nur vier dabei, darunter Glencore und Trafigura. Sie traten dem Global Compact 2014 resp. 2015 bei, nachdem sie in öffentliche Kritik geraten waren.

Die Konzernverantwortungsinitiative und auch der Gegenvorschlag, so wie ihn der Nationalrat verabschiedet hat, gehen hier deutlich weiter und würden die grossen Konzerne besser in die Pflicht nehmen – auch die grosse Zahl derer, die bis heute gar nichts tun.

— Peter Niggli ist Journalist und Publizist und war 17 Jahre lang Geschäftsleiter von Alliance Sud. Zudem ist er Stiftungsrat von Fastenopfer.

So funktioniert die Initiative

Oberstes Ziel der Konzernverantwortungsinitiative ist es, Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung durch Schweizer Konzerne zu verhindern. Hier erfahren Sie, wie.

GRUNDLAGE

Die Uno-Leitprinzipien

2011 haben sich alle Nationen und internationale Wirtschaftsverbände auf die Uno-Leitprinzipien für Menschenrechte und Wirtschaft geeinigt. Nun sind alle Länder gefordert, die drei Pfeiler in ihre Gesetzgebung zu implementieren.



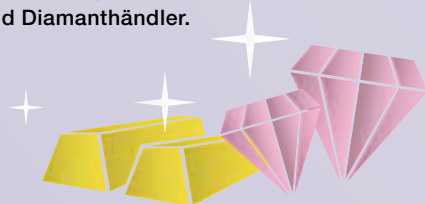
GELTUNGSBEREICH

Grosse Unternehmen und Risikosektoren

0,27%

Von der Initiative betroffen sind Grosskonzerne mit über 250 Mitarbeitenden. Sie machen 0,27 Prozent der Schweizer Unternehmen aus.

Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sind von der Initiative ausgeschlossen – mit Ausnahme von KMU, die in Risikobereichen tätig sind, z. B. Goldraffinerien und Diamanthändler.



KERNSTÜCK

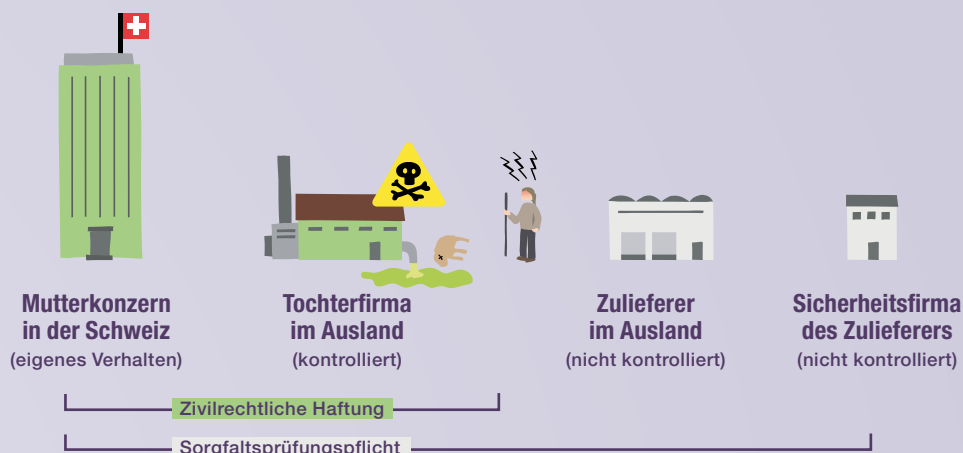
Sorgfaltsprüfung

Die Sorgfaltsprüfungspflicht ist das Kernstück der Uno-Leitprinzipien und der Initiative: Konzerne müssen bei ihren Tätigkeiten im Ausland systematisch überprüfen, welche Folgen diese auf Menschen und Umwelt haben können. Erkennen sie Probleme, müssen sie Massnahmen ergreifen, um diese zu verhindern. Und sie müssen ihre Erkenntnisse und Gegenmassnahmen öffentlich machen. Ziel der Sorgfaltsprüfung ist es, Schäden zu verhindern. Sie gilt für die gesamte Lieferkette, also auch für Tochterfirmen und Zulieferer.

Damit die Sorgfaltsprüfung wirklich von allen Unternehmen umgesetzt wird, braucht es einen Durchsetzungsmechanismus: die Haftung. Wenn ein Unternehmen grobe Schäden verursacht, kann es von den Opfern verklagt werden. Kann das Unternehmen jedoch nachweisen, dass es seine Sorgfaltsprüfung nach bestem Wissen und Gewissen gemacht hat, hat es nichts zu befürchten. Die Haftung gilt nur für Tochterfirmen und für kontrollierte Lieferanten, nicht für den Rest der Lieferkette.

DURCHSETZUNGSMECHANISMUS

Haftung



INTERNATIONALE DYNAMIK

Andere Länder machen schon einiges

Viele Länder haben die Sorgfaltsprüfung für einzelne Sektoren oder gewisse Unternehmen eingeführt. So zum Beispiel:



USA: Juli 2010

Gesetz über Konfliktmineralien aus der DR Kongo, das eine Sorgfaltsprüfungspflicht inkl. Berichtspflicht enthält



Vereinigtes Königreich: März 2015

Verpflichtet Unternehmen, Massnahmen gegen Menschenhandel und moderne Sklaverei zu publizieren



Frankreich: März 2017

Gesetz für eine sektorübergreifende Sorgfaltsprüfungspflicht für grosse Firmen



EU: April 2017

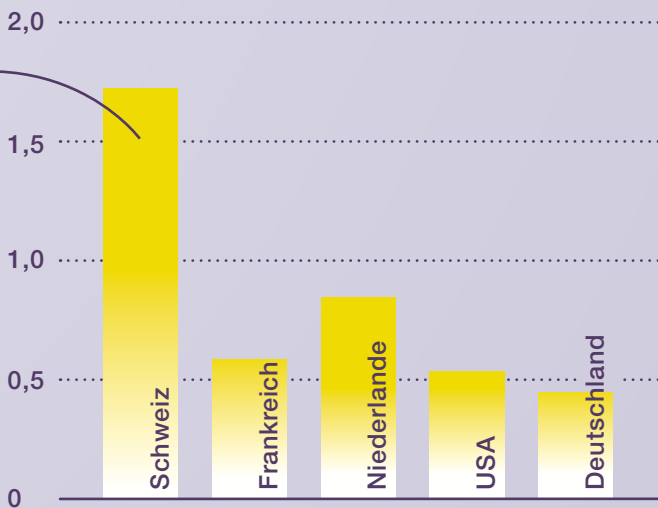
Sorgfaltsprüfungspflicht-Gesetz bzgl. Konfliktmineralien

HANDLUNGSBEDARF

Die Schweiz ist kein kleiner Fisch

In keinem Land gibt es pro Kopf gemessen eine höhere Dichte an globalen Konzernen als in der Schweiz. Deshalb ist es bei uns besonders wichtig, dass Menschenrechte und Umweltschutz für globale Tätigkeiten verbindlich werden.

Weltkonzerne gemessen an der Bevölkerungszahl (in 1000)



Quelle: Swissholdings

Sie beziehen Stellung



Jacqueline Keune, Theologin und Vorstandsmitglied des Vereins «Kirche – Wirtschaft – Ethik», der die Initiative «Kirche für KoVI» lanciert hat, und Koordinatorin der Basisgruppen-Bewegung Schweiz.

«Kein Kind sucht sich aus, in welche Welt es hineingeboren wird. Ob in ein Land, das die Rechte der Menschen und das Wohl der Umwelt umfassend schützt, oder in eines, in dem die Mächtigen ihre eigenen Interessen verfolgen und eine Hand die andere wäscht. **Ich unterstütze die Konzernverantwortungsinitiative, weil ich nicht will, dass Schweizer Konzerne zur Ausbeutung von Menschen und zur Zerstörung von Lebensgrundlagen beitragen** und wir unseren Wohlstand auf Kosten anderer mehren. Es soll Schluss sein mit ausbeuterischen Arbeitsbedingungen in Kleiderfabriken, mit **Kinderarbeit auf Kakaoplantagen, mit krankmachenden Umweltschäden im Bergbau – Swiss made!** Die KoVI rührt an christliche Grundwerte: Würde, Solidarität, Gerechtigkeit, Bewahrung der Schöpfung. Und der Glaube an den Gott Jesu lässt sich unmöglich vom Einsatz für Gerechtigkeit trennen. Für einen neuen Himmel und eine neue Erde hat dieser Jesus gelebt, für das Reich Gottes und seine Gerechtigkeit. Denn die Armen, das waren und das sind immer noch die Arm-Gemachten. **Alles, was lebt, lebt vom gleichen Atem** und ist miteinander verwoben. Eine Verwobenheit, die verantwortlich macht. Die multinationalen Konzerne für ihr Handeln. Und uns alle für die Verwirklichung einer Welt, in der alle zu leben haben.»



Michael Brenner ist Chief Financial Officer der Weleda AG. Weleda ist Pionier und weltweit führender Hersteller von ganzheitlicher Naturkosmetik und anthroposophischen Arzneimitteln. Der Hauptsitz der Aktiengesellschaft befindet sich in Arlesheim (Schweiz). Zu Weleda gehören 22 Gesellschaften in 18 Ländern und 2440 Mitarbeitende weltweit.

«**Das Anliegen der Konzernverantwortungsinitiative ist gut.** Denn es ist wichtig, dass Unternehmen prüfen, welche Folgen ihre Geschäftstätigkeiten auf Menschenrechte und Umwelt haben und dass sie dafür Verantwortung übernehmen. **Für Weleda ist die Ausgewogenheit von Sozialem, Ökologie und Wirtschaftlichkeit seit jeher der Kern der Unternehmenspolitik.** Das ist keine einmalige Entscheidung, sondern eine Daueraufgabe. Wir beziehen beispielsweise nicht einfach Vorleistungen von Lieferanten, sondern gehen Partnerschaften und Kooperationen ein und integrieren bei der Wertschöpfungsbetrachtung alle Bedürfnisse entlang der gesamten Lieferkette. Oder wir generieren Wertschöpfung, indem wir konventionelle Landwirtschaftsflächen zu biologisch-dynamischen Anbauflächen umwandeln und dadurch die Biodiversität erhöhen. Wenn man die Probleme betrachtet, mit denen wir heute konfrontiert sind – Klimawandel, soziale Ungleichheit usw. – ist klar, dass auch Unternehmen als Teil der Gesellschaft Verantwortung für die Überwindung der Probleme übernehmen müssen. Da wollen wir im Rahmen unserer Möglichkeiten mit gutem Beispiel vorangehen und andere Unternehmen motivieren, das ebenfalls zu tun. Ich persönlich freue mich über diese zivilgesellschaftliche Initiative und erwarte nun, dass im demokratischen Prozess gemeinsam und schnell die sinnvollste Lösung gefunden wird.»

Ein Unternehmer, ein Verbandsdirektor, eine Theologin und ein Politiker nehmen Stellung zur Konzernverantwortungsinitiative. Erfahren Sie, warum sie die Initiative unterstützen oder weshalb sie sich für einen indirekten Gegenvorschlag eingesetzt haben.



Mark Held ist Direktor und Vorstandsmitglied der European Outdoor Group EOG mit Sitz in Zug. Sie vertritt die Interessen der Outdoor-Textilhersteller in Europa. Zudem ist Mark Held Vorsitzender des Stiftungsrates der Fair Wear Foundation, die sich für faire Arbeitsbedingungen in der Textilindustrie einsetzt.

« Verantwortungsvolle Geschäftspraktiken sind heute selbstverständlich für erfolgreiche Unternehmen. Eine Sorgfaltsprüfung bezüglich der möglichen Auswirkungen auf Menschenrechte und Umwelt ist die Voraussetzung dafür und wird zunehmend zum internationalen Standard. Im Textilsektor gibt es schon etliche Unternehmen, die freiwillig diese Regeln befolgen, indem sie zum Beispiel der Fair Wear Foundation beigetreten sind. **Da aber immer noch viele Firmen in ihrer Lieferkette grundlegende Arbeitsnormen, Menschenrechte und Umweltstandards verletzen, ist eine obligatorische Sorgfaltsprüfung notwendig.** Denn nur diese schafft gleich lange Spiesse für alle Unternehmen. Die Schweizer Konzernverantwortungsinitiative oder ein entsprechender Gegenvorschlag des Parlaments sind dazu die richtigen Schritte.»

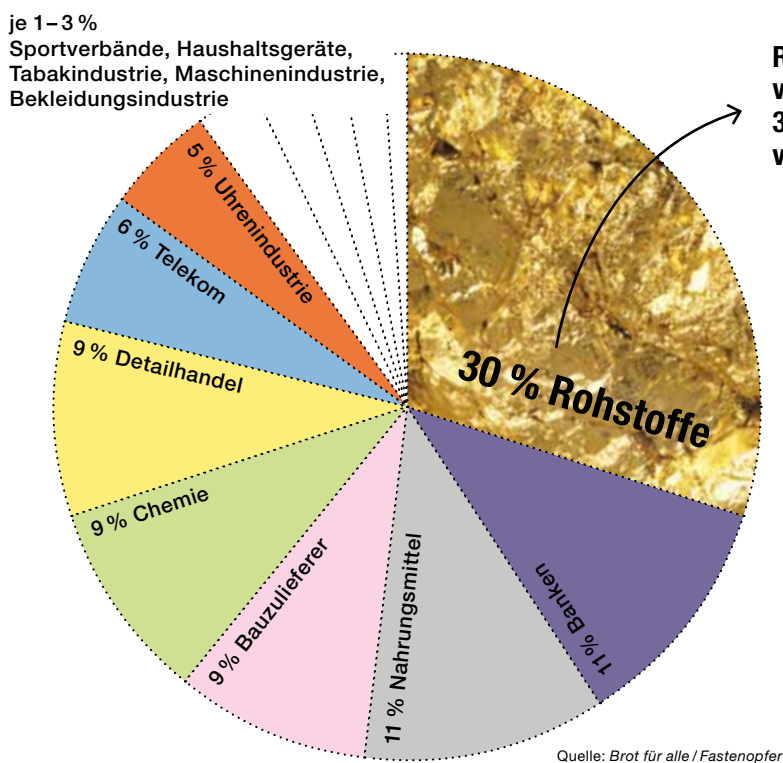


Der Obwaldner Karl Vogler ist CSP-Nationalrat und Mitglied der Rechtskommission. Gemeinsam mit dem Zürcher SVP-Nationalrat Hans-Ueli Vogt hat er einen Gegenvorschlag zur Initiative erarbeitet, der im Juni vom Nationalrat mit 121 zu 73 Stimmen angenommen wurde.

« Grundsätzlich behandelt die Konzernverantwortungsinitiative ein breit abgestütztes und berechtigtes Anliegen. Deshalb haben wir den Gegenvorschlag lanciert, nachdem der Bundesrat einen solchen abgelehnt hatte. Der Gegenvorschlag konkretisiert aus unserer Sicht unscharfe Begriffe wie «Internationale Standards», die es zu beachten gilt, und schränkt die Haftungsbestimmungen ein: Nur die elementarsten Rechtsgüter «Leib und Leben» sowie «Eigentum» sind im Gegenvorschlag mittels Haftung geschützt. **Viel wichtiger als die Haftung ist die Prävention über die Sorgfaltsprüfungspflicht. Sie ist der Kern der ganzen Vorlage.** Vorsorge ist bekanntlich immer das einfachste, kostengünstigste und auch ethisch gesehen das beste Prinzip. Entsprechend hoffe ich, dass dank der Sorgfaltsprüfung gar keine Haftung zum Tragen kommt. Ich bin davon überzeugt, dass letztendlich auch die Wirtschaft davon profitiert, wenn es keine Trittbrettfahrer gibt und gleich lange Spiesse für alle Unternehmen gelten. Sonst sind diejenigen die «Lackierten», die schon heute weiterdenken.»

Die dunkle Seite des Profits

Eine Auswertung von *Brot für alle* und *Fastenopfer* zeigt: 32 Schweizer Konzerne waren in den letzten sechs Jahren in mindestens 64 Fälle von Menschenrechtsverletzungen und Umweltverschmutzungen im Ausland involviert.



Rohstoffkonzerne und allen voran Glencore sind für 30% der dokumentierten Fälle verantwortlich.

Fünf Konzerne im Fokus

Auffallend ist, dass gerade mal fünf Konzerne für die Hälfte der Fälle verantwortlich sind: Glencore, Nestlé, LafargeHolcim, Syngenta und die Credit Suisse. Das Bild weniger «böser» Konzerne unter zahlreichen guten hält dem Realitätscheck also stand.

Wenig erstaunt, dass die Rohstoffkonzerne am meisten Probleme verursachen. Fast ein Drittel der Fälle stammen aus dem Rohstoffsektor – mehr als die Hälfte davon betreffen den Zuger Rohstoffgiganten Glencore. Gut dokumentiert sind die Probleme rund um Minen in der DR Kongo und in Kolumbien. Fast immer geht es um Umwelterstörung, Wasserverschmutzung und soziale Konflikte aufgrund von Umsiedlungen oder der Kriminalisierung von Protesten. Ein Grossteil der Fälle war so gravierend, dass sie juristische Verfahren zur Folge hatten.

Bereits auf Rang zwei rangieren die Banken und die Nahrungsmit-

telindustrie. Banken verletzen die Menschenrechte und Umweltschutzbestimmungen insbesondere durch Geschäfte mit grossen Palmölkonzernen in Indonesien und Malaysia sowie die Kredite an die Rohstoffhändler Trafigura und Vitol. In der Nahrungsmittelindustrie sorgt vor allem Nestlé für zahlreiche Fälle. Kinderarbeit auf Kakaoplantagen in der Elfenbeinküste, Bedrohung und Ermordung von Gewerkschaftern in Kolumbien, die sich gegen schlechte Arbeitsbedingungen wehren, sklavenähnliche Arbeitsbedingungen in thailändischen Fischereibetrieben und die Ausbeutung von Wasservorkommen in Pakistan sind nur einige davon.

«Nur die Spitze des Eisbergs»

Auch auf der Liste sind der Internationale Fussballverband Fifa wegen menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen auf russischen Baustellen im Vorfeld der Fussball-WM 2018 und die Bauerngenossenschaft Fenaco, die grosse Mengen günstiges Phosphat aus einer Mine in Marokko bezieht, wo der mangelhafte Schutz von Bevölkerung, Angestellten und Umwelt zu Krankheiten, Tod und Umwelterstörung führen.

«Wir gehen davon aus, dass die dokumentierten Fälle nur die Spitze des Eisbergs sind und viele Missstände gar nicht an die Öffentlichkeit gelangen», sagt Yvan Maillard Ardeni, Verantwortlicher für Unternehmen und Menschenrechte bei *Brot für alle* und Autor der Analyse. Korruption und Steuerhinterziehung seien gar nicht untersucht worden, obwohl es davon zahlreiche Fälle gebe.

Die gute Nachricht zum Schluss: Wird die Konzernverantwortungsinitiative angenommen, können viele weitere solche Fälle verhindert werden.

— Pascale Schnyder

Ob sklavenähnliche Arbeitsbedingungen auf Kakaoplantagen, Umwelterstörungen beim Abbau von Rohstoffen oder der Verkauf von Pestiziden mit tödlichen Folgen für Mensch und Tier: Fast jeden Monat verletzt ein Schweizer Konzern bei seinen Auslandstätigkeiten Menschenrechte und Umweltstandards. Dies zeigt eine Auswertung von *Brot für alle* und *Fastenopfer*. 64 Fälle von 32 Konzernen wurden von 2012 bis

2017 dokumentiert. Sie basieren auf Recherchen von NGOs, Medienberichten und Datenbanken wie dem renommierten Business and Human Rights Resources Center. Die Auswertung ist deshalb spannend, weil sie ein genaueres Bild davon gibt, welche Branchen besonders riskant sind (vgl. Grafik und welche Menschenrechtsverletzungen und Umweltprobleme am häufigsten vorkommen).

«Der politische Wille ist entscheidend»

Herbert Winistörfer hat im Auftrag des Seco den Stellenwert von CSR-Standards für Schweizer Unternehmen untersucht. Und dabei festgestellt, dass Firmen auch regulatorische Massnahmen begrüssen würden.

Sie haben im Auftrag des Seco eine Studie zum Stellenwert der OECD-Leitsätze in Schweizer Firmen gemacht. Welches sind Ihre wichtigsten Erkenntnisse?

Von den 500 umsatzstärksten Schweizer Unternehmen wenden ein Fünftel mindestens einen international verbreiteten CSR-Standard an. Die OECD-Leitsätze gehören dazu, andere Standards wie etwa die Uno-Nachhaltigkeitsziele (SDGs), der Uno-Global Compact oder die Global Reporting Initiative sind aber bekannter und werden häufiger angewandt. Indem wir verschiedene methodische Ansätze kombiniert haben – die Analyse der öffentlich verfügbaren Unternehmensberichte, eine Befragung von Unternehmen und Fokusgruppeninterviews mit Unternehmensvertretern –, konnten wir ein recht differenziertes Bild gewinnen.

Und konnten Sie mit der Studie auch eine Aussage dazu machen, wie die CSR-Standards konkret genutzt werden?

Werden Standards angewandt, dienen sie am häufigsten als Inspirationsquelle, als Mittel zum Bekenntnis oder als Anleitung für konkrete Umsetzungsschritte. Die eher allgemein gehaltenen, themenübergreifenden Standards wie die



Herbert Winistörfer ist Dozent und Leiter des Center for Corporate Responsibility an der ZHAW School of Management and Law.

Uno-Nachhaltigkeitsziele und der Uno-Global Compact sind in einer frühen Phase der Orientierung wichtig. Sie verlieren aber mit zunehmender CSR-Reife des Unternehmens ihre Bedeutung. Die konkreteren, themenspezifischen Standards wie zum Beispiel ISO 14001 oder die Global Reporting Initiative werden wichtig, sobald ein Unternehmen einen systematischen CSR-Ansatz entwickelt.

Sie haben die Unternehmen auch dazu befragt, wie CSR-Aktivitäten verstärkt werden können. Welche Antworten haben Sie erhalten?

Als potenziell unterstützende Faktoren genannt wurden

einerseits regulatorische Eingriffe wie etwa eine CSR-Pflicht für Unternehmen, verbindliche CSR-Kriterien in der öffentlichen Beschaffung als auch die Einschränkung in der kommerziellen Nutzung freiwilliger Standards. Zum anderen wurden Unterstützungsangebote seitens der öffentlichen Hand angeregt wie z. B. Möglichkeiten zum Erfahrungsaustausch; die Bereitstellung von Anleitungen, Branchenleitfaden oder die Sammlung guter Praxisbeispiele; Schulungen, Informationsanlässe und Workshops; kostengünstige Beratung und Unterstützung durch Fachpersonen.

Und worin sehen Sie die Rolle des Staates?

Die Uno-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte zeigen auf, welche Rolle dem Staat zukommt. Einerseits kann er als Motivator Anreize schaffen für Unternehmen, die ihre CSR stärken wollen. Als Regulator kann er die Verbindlichkeit einer Sorgfaltsprüfung hinsichtlich Menschenrechte und Umweltschutz für Unternehmen erhöhen. Und er kann als Kunde und Unternehmer dafür sorgen, dass bei Ausschreibungen soziale und ökologische Leistungen honoriert werden. Was davon umgesetzt wird, hängt vom politischen Willen ab.

Sie arbeiten seit vielen Jahren zum Thema CSR. Wo müsste man aus Ihrer Sicht ansetzen?

Meine Beobachtung ist, dass Unternehmen sehr sensibel auf die Erwartungen von Schlüssel-Stakeholdern – Kunden, Eigentümern und Regulatoren – reagieren. Wer also in einem demokratischen Rechtsstaat wie der Schweiz möchte, dass nationale Unternehmen verantwortlich handeln, hat viele Möglichkeiten, das durchzusetzen: als Stimmbürger, bei jedem Kaufentscheid, bei der Wahl seines Arbeitgebers, bei der Investitionsstrategie seiner Vorsorgegelder usw. Ich führe häufig Diskussionen mit Studierenden über diese Fragen. Wenn manche sich in Diskussionen enttäuscht zeigen von der ökologischen oder sozialen Leistung grosser Unternehmen, pflege ich ihnen zu antworten: Wenn ihr eine Veränderung wollt, werdet aktiv. Es liegt auch an euch, ihr habt Möglichkeiten, Einfluss zu nehmen.

— Interview: Pascale Schnyder

Gegenargumente unter der Lupe

Die Konzernverantwortungsinitiative führe zu Arbeitsplatzverlusten und zu einer Klagewelle für Schweizer Unternehmen, sei unnötig und ein Alleingang der Schweiz, argumentieren die Gegner/innen der Initiative. Lesen Sie hier unsere Antworten zu den häufigsten Gegenargumenten.

1. Die Initiative schadet dem Wirtschaftsstandort Schweiz und gefährdet Arbeitsplätze.

Immer wieder drohen Wirtschaftsverbände bei Abstimmungen mit Arbeitsplatzverlusten und der Abwanderung von Firmen. Bewahrheitet hat sich diese Angstmacherei noch nie, auch nicht nach der Annahme der Abzockerinitiative oder nach der Ablehnung der Unternehmenssteuerreform III. Für Unternehmen sind in erster Linie stabile politische Verhältnisse, eine gute Infrastruktur und gut ausgebildete Leute von Bedeutung für die Standortwahl.

Ausserdem: Wenn Unternehmen die Schweiz lieber verlassen, als sich an grundlegende Menschenrechte zu halten, stärkt dies das Ansehen des Wirtschaftsstandorts mehr, als dass es ihm schadet.

2. Regulierungen, wie sie die Initiative fordert, müssen auf internationaler Ebene passieren.

Die Konzernverantwortungsinitiative ist kein Alleingang der Schweiz. 2011 hat die Uno nach intensiven Diskussionen mit Vertreterinnen und Vertretern von Wirtschaft und Zivilgesellschaft die Uno-Leitprinzipien für Menschenrechte und Wirtschaft verabschiedet: Nun sind alle Länder angehalten, diese Prinzipien in ihre Gesetzgebung zu integrieren. Länder wie Frankreich, Grossbritannien und auch die EU haben bereits Schritte in diese Richtung unternommen und/oder entsprechende Gesetze erlassen. Zieht die Schweiz nicht mit, droht ihr ein ähnliches Debakel wie beim Bankgeheimnis.

Ausserdem: Unternehmen, die global wirtschaften, müssen auch global Verantwortung übernehmen.

3. Die Initiative ist unnötig. Schweizer Unternehmen tun freiwillig bereits sehr viel.

Leider entspricht diese Behauptung nicht der Realität. In den letzten fünf Jahren waren Schweizer Konzerne in mindestens 64 Fälle von Menschenrechtsverletzungen und Umweltverschmutzung verwickelt (vgl. S. 12), wie eine Analyse von *Brot für alle* und *Fastenopfer* aufzeigt. Im internationalen Vergleich liegen Schweizer Konzerne bezüglich ihrer sozialen Verantwortung gerade mal auf Platz 16 von 24 – hinter Frankreich, Italien, Deutschland, Grossbritannien und gar hinter den USA.

Ausserdem: Wenn die Unternehmen sich bereits freiwillig an die geforderten Bestimmungen halten – wieso kämpfen die Wirtschaftsverbände denn so vehement gegen die Initiative?

4. Die Initiative ist unrealistisch. Kein Unternehmen kann seine ganze Lieferkette bis ins Detail kontrollieren.

Das fordert die Initiative auch gar nicht. Zwar müssen Unternehmen eine Sorgfaltsprüfung für ihre Lieferkette machen. Sie tragen jedoch nur für Tochterfirmen und für von ihnen kontrollierte Firmen die volle Verantwortung. Kleine und mittlere Unternehmen sind von der Initiative ausgenommen – ausser sie sind in Risikosektoren tätig, z.B. Goldraffinerien oder Diamantenhändler.

Ausserdem: Die Sorgfaltsprüfung für die Lieferkette ist keine Erfindung des Initiativkomitees, sondern das Kernstück der Uno-Leitprinzipien, der nebst Staaten auch internationale Wirtschaftsverbände zugestimmt haben. Hauptziel ist es, Schäden zu vermeiden, bevor sie entstehen. Damit ist allen gedient.

5. Mit der Initiative droht Schweizer Firmen eine Klagewelle.

Haftbar macht sich nur, wer Menschenrechtsverletzungen und Umwelterstörung durch Tochterfirmen und durch kontrollierte Zulieferer toleriert. Wer nachweisen kann, dass er eine Sorgfaltsprüfung nach bestem Wissen und Gewissen gemacht hat, hat nichts zu befürchten.

Ausserdem: Ohne Durchsetzungsmechanismus bleibt die Initiative zahnlos. Nur so kann sichergestellt werden, dass sich alle an die Regeln halten und fortschrittliche Unternehmen nicht benachteiligt werden.

— Pascale Schnyder

JA! zur Konzernverantwortungsinitiative

Unterstützen Sie uns dabei, der Konzernverantwortungsinitiative Gehör zu schaffen. Nur, wenn wir genügend öffentlichen Druck aufbauen, wird es uns gelingen, das Anliegen gesetzlich zu verankern.

Ein Statement zur Initiative abgeben

Möglicherweise entscheidet der Ständerat in diesen Tagen darüber, wie es mit dem Gegenvorschlag zur Konzernverantwortungsinitiative weitergeht. In dieser heissen Phase ist es besonders wichtig, dass sich möglichst viele Personen öffentlich zur Initiative bekennen. Verschaffen auch Sie der Initiative Gehör und geben Sie Ihr Statement auf der Plattform Kirche für Kovi ab. Und motivieren Sie Ihre Bekannten, Ihre Kirchgemeinde oder Pfarrei dazu, sich auf der Plattform zur Initiative zu äussern. www.kirchfuerkovi.ch



Eine Fahne aufhängen

Von Genf über Biel bis nach Schaffhausen hängen derzeit schon über 12 000 Kovi-Fahnen an Balkonen, Gärten oder Zäunen, um auf das wichtige Anliegen der Initiative aufmerksam zu machen. Helfen auch Sie mit, der Initiative schweizweit Präsenz zu verschaffen. Sie können die Fahnen gratis bestellen unter www.konzern-initiative.ch/fahnen

Sich in einer Regionalgruppe engagieren

Einen Leser/innenbrief in der lokalen Zeitung platzieren, Flyer verteilen, eine Standaktion durchführen oder auf Facebook aktiv werden: Es gibt zahlreiche Möglichkeiten, wie Sie sich für die Initiative in Ihrer Region engagieren können. Der erste Schritt ist einfach: Melden Sie sich über www.konzern-initiative.ch/mitmachen an und Sie erhalten zahlreiche Ideen und Unterstützungsangebote für Ihr Engagement.

Das eigene Umfeld sensibilisieren

Kinderarbeit auf Kakaoplantagen, unmenschliche Arbeitsbedingungen in Textilfabriken, durch Minen verschmutzte Flüsse – es gibt zahlreiche Beispiele dafür, wie Schweizer Konzerne Menschenrechte verletzen und die Umwelt verschmutzen. Sensibilisieren Sie deshalb auch Ihre Freund/innen und Familie für die Problematik und die Forderungen der Konzernverantwortungsinitiative. Argumente finden Sie unter www.konzern-initiative.ch/argumente

Schlusspunkt



«Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren»

Artikel 1, Allgemeine Erklärung der Menschenrechte

Pause an einer Volksschule in Musonoi, einem von Kupfer- und Kobaltminen eingekesselten Quartier der Stadt Klowezi in der DR Kongo.

Gemeinsam für mehr Gerechtigkeit

Brot für alle

Wir bewegen Menschen

Brot für alle ist die Entwicklungsorganisation der Evangelischen Kirchen der Schweiz. Wir engagieren uns im Norden wie im Süden für einen Wandel hin zu neuen Modellen der Nahrungsmittelproduktion und der Wirtschaft. Diese setzen auf Kooperation zwischen den Menschen und fördern den Respekt gegenüber den natürlichen Ressourcen. Mit Sensibilisierungsarbeit und hoffnungsvollen Alternativen motivieren wir Menschen dazu, selber Teil des nötigen Wandels zu werden.

Fastenopfer

Wandel wagen – globale Gerechtigkeit fördern

Fastenopfer ist das Hilfswerk der Katholikinnen und Katholiken in der Schweiz. Wir setzen uns ein für benachteiligte Menschen – für eine gerechtere Welt und die Überwindung von Hunger und Armut. Wir fördern soziale, kulturelle, wirtschaftliche und auch individuelle Veränderungen hin zu einer nachhaltigen Lebensweise. Dafür arbeiten wir mit Partnerorganisationen in 14 Ländern in Afrika, Asien, Lateinamerika sowie mit Organisationen in der Schweiz zusammen.

Brot für alle
Bürenstrasse 12, Postfach
1015, 3000 Bern 23
Tel. 031 380 65 65
www.brotfueralle.ch
Postkonto: 40-984-9

Fastenopfer
Alpenquai 4, Postfach 2856
6002 Luzern
Tel. 041 227 59 59
www.fastenopfer.ch
Postkonto: 60-19191-7



BROT FÜR ALLE FASTENOPFER